

## Kein Termin für EU Beitrittsverhandlungen

**Nach dem Brüsseler EU-Gipfel machen sich in Skopje Enttäuschung und das Gefühl von Ungerechtigkeit breit. Noch besteht weiterhin Konsens in Politik und Gesellschaft, die EU-Integration weiter zu verfolgen. Dabei wird langsam die „rote Linie“ deutlicher, die Mazedonien im Namensstreit mit Griechenland nicht überschreiten will, um EU-Mitglied um jeden Preis zu werden.**

### *Brüsseler Blockade*

Für Mazedonien ist der Beschluss des Europäischen Rats, eine Entscheidung über die von der Kommission empfohlene Aufnahme von Beitrittsverhandlungen um ein halbes Jahr zu verschieben, vergleichbar mit der NATO-Blockade Athens 2008 in Bukarest. „Griechenland missbraucht seine Position (als EU- und NATO-Mitglied)“, meint Premier Gruevski. Doch „wir wollen unser Land in die EU und NATO bringen und lassen uns dabei nicht unterkriegen“.<sup>1</sup> In den vorangegangenen Wochen hatte es nach dem positiven EU-Fortschrittsbericht intensivere Kontakte zwischen den beiden Nachbarn und eine weitere Verhandlungsrunde bei der VN in New York gegeben. Der schwedische Außenminister Bildt reiste nach Skopje, um die mazedonische Sichtweise im Namenskonflikt zu verstehen. Zweimal trafen sich die Regierungschefs Gruevski und Papandreu zu persönlichen Gesprächen, nachdem es unter Papandreous Vorgänger auf dieser Ebene lange Zeit keine Kontakte gegeben hatte.

Doch sind jetzt mit der Entscheidung in Brüssel die mazedonischen Hoffnungen auf eine größere Kompromissbereitschaft der neuen griechischen Regierung verfliegen. Vielmehr scheinen die Fronten sich erneut zu verhärten. Der Vorschlag des VN-Unterhändlers Nimetz, eine geografische Bezeichnung zum Staatsnamen („Nordmazedonien“) hinzuzufügen, wird bereits seit Monaten von beiden Seiten ergebnislos diskutiert. Denn Athen fordert ein so genanntes geografisches „Merkmal“ nicht nur im internationalen Gebrauch des Staatsnamens, sondern auch im adjektivischen Gebrauch der mazedonischen Sprache, des Volkes usw. Dagegen ist Skopje nur zur Annahme des geografischen Merkmals in den bilateralen Beziehungen mit Athen bereit. Es verweist darauf, dass mittlerweile mehr als 120 Nationen das Land unter „Republik Mazedonien“ anerkannt haben, darunter auch die USA.

### *Verfahrenre Verhandlungen*

Mazedonien hat nach Erlangung der Unabhängigkeit auf griechisches Drängen (zweimal) seine Verfassung geändert, um der Angst vor befürchteten Gebietsansprüchen entgegenzutreten. Es hat seine Flagge geändert und ein Interimsabkommen<sup>2</sup> mit Athen unterzeichnet, das die bilateralen Beziehungen während der Suche nach einem Kompromiss im Namensstreit regelt. Das unter VN-Dach abgeschlossene Abkommen von 1995 verbietet u.a. Griechenland, die Aufnahme Mazedoniens in internationale Organisationen zu verhindern. Unter Beru-

<sup>1</sup> BalkanInsight.com und die staatliche Nachrichten Agentur MRT, mrt.com.mk, 11.12.09.

<sup>2</sup> Abrufbar auf der Homepage des mazedonischen Außenministeriums unter [mfa.gov.mk/default1.aspx?ItemID=394](http://mfa.gov.mk/default1.aspx?ItemID=394).



**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN**  
HENRI BOHNET

**14. Dezember 2009**

**WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN**

fung auf diesen Punkt hat Skopje Ende 2008 Klage beim internationalen Gerichtshof in Den Haag hinsichtlich des griechischen „Vetos“ in Bukarest erhoben. Ein (für die Streitparteien nicht bindendes) Urteil wird 2011 erwartet.

Viele Mazedonier sehen durch die aktuellen griechischen Forderungen ihre nationale Identität bedroht, da es offenbar für Athen nicht nur um die Umbenennung des mazedonischen Staatsnamens geht. Sie verstehen ihre Sprache, Kultur und Geschichte verständlicherweise als wesentliches identitätsstiftendes Merkmal. Nach den bereits unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeit gemachten Zugeständnissen verstärkt die griechische Blockadeposition immer mehr den Eindruck in der mazedonischen Öffentlichkeit, dass Griechenland keine schnelle Lösung im Streit will.

#### *Rückkehr zum Geist von Thessaloniki*

Unter der griechischen EU-Ratspräsidentschaft 2003 wurde allen Ländern des Balkans die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht gestellt. Mit der jetzigen Entscheidung der europäischen Regierungschefs, die Frage über die weitere Integration Mazedoniens während der kommenden spanischen Ratspräsidentschaft erneut zu diskutieren, stehen Athen und Skopje vor der Aufgabe, neue Wege für einen Kompromiss zu finden. Denn der Stillstand bei den VN-Verhandlungen und die von Griechenland demonstrierte Bereitschaft zur Blockade im Rahmen der konstruktiven und um eine Lösung stark bemühten schwedischen Ratspräsidentschaft machen deutlich, dass auf beiden Seiten mehr getan werden muss, um einander näher zu kommen. Daneben erscheint eine stärkere Vermittlerrolle Europas – ähnlich wie im Grenzkonflikt Sloweniens mit Kroatien – notwendig.

Jetzt, wo die Beitrittsperspektive für Mazedonien greifbar ist, muss der begonnene Dialog noch intensiver geführt werden, damit Vertrauen in die gegenseitige Kompromissbereitschaft wieder hergestellt wird. In den vergangenen Wochen wurde in der mazedonischen Öffentlichkeit viel stärker als

zuvor über mögliche Zugeständnisse, Kompromisse und die eigene „rote Linie“ gesprochen, die während der Verhandlungen nicht übertreten werden darf. „Die mazedonische nationale Identität darf nicht bedroht sein, der Name unserer Sprache darf nicht verändert werden,“ fasste Branko Crvenkovski, ehemaliger Staatspräsident und Hauptoppositionsführer den politischen Konsens zusammen, der nach einem Beratungsgespräch aller Parteichefs nach der Brüsseler Entscheidung getroffen wurde.<sup>3</sup> Der Dialog mit Griechenland dürfe nicht nur auf höchster Ebene, sondern muss auf allen Ebenen geführt werden, um Vorurteile abzubauen und Vertrauen aufzubauen, bestätigte ein ranghohes Mitglied der Regierungspartei VMRO-DPMNE. Eine weitere Aufschiebung der Erweiterungsperspektive für Mazedonien, das macht die tiefe Enttäuschung in Skopje deutlich, vermindert die Anziehungskraft der Europäischen Union und den politischen Reformwillen im Land. Darüber hinaus droht dieser bilaterale Konflikt die häufigen Bekundungen zur europäischen Wertegemeinschaft als bloßes Lippenbekenntnis erscheinen zu lassen und die mit dem europäischen Integrationsprojekt eng verbundene Stabilisierung des westlichen Balkans zu stören.

---

<sup>3</sup> Mrt.com.mk, 11.12.09.